

Rheinsberger Bogen 19

Stadtschreiber zu Rheinsberg
Februar bis Juli 2004

Martin Hoffmann

Werktätige
mit Faltbeutel



KURT TUCHOLSKY
Literaturmuseum
Schloss Rheinsberg



Die Stadt Rheinsberg vergibt seit 1995
alljährlich das Literatur-Stipendium
»Stadtschreiber zu Rheinsberg«
an jeweils zwei Autoren.

Das Stipendium wird betreut durch das
Kurt Tucholsky Literaturmuseum
Schloss Rheinsberg.

Die Stadtschreiber erhalten freie Wohnung
im Marstall der Schlossanlage und ein
monatliches Stipendium.

Stipendium und Veröffentlichung
werden gefördert
vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung
und Kultur des Landes Brandenburg
und vom Landkreis Ostprignitz-Ruppin.

Martin Hoffmann

1948 in Halle / Saale geboren, lebt in Berlin.
Maler und Graphiker;
gestaltet Bücher und Ausstellungen,
zuletzt *Christa Wolf – eine Biographie
in Bildern und Texten* und
das Kurt Tucholsky Literaturmuseum.

Veröffentlichungen:
Reflexe aus Papier und Schatten
Gerhard Wolf Janus press 1996

Ich wurde mutiger
Der Pankower Friedenskreis – politische Selbst-
behauptung und öffentlicher Widerspruch
mit Marianne Subklew

Herausgeber
Kurt Tucholsky Literaturmuseum
Schloss Rheinsberg
Leiter Dr. Peter Böthig

Copyright beim Autor Recherchen 1999: Stefanie Oswald
Layout: Martin Hoffmann Fotos: Archiv Hoffmann · Joachim Donath:
Auflage: 100 Exemplare S. 6 u., 106 o. r. · Volker Döring: 3. Us u.
Druckhaus Galrev, Berlin Jürgen Hohmuth: 3. u., 4. Us o.

Martin Hoffmann

Werktätige
mit faltbeutel

War da was?

Da war was.

Was war da?



KURT TUCHOLSKY
Literaturmuseum
Schloss Rheinsberg

Vergilbt: verblichen?

In den 80-er Jahren habe ich Zeitschriften aufgehoben, um daraus Collagen zu kleben. Ich wollte die nach Zensur veröffentlichten Bilder aus den Propagandazwecken der SED herauslösen und dagegen in meinen individuellen Zusammenhang setzen. Ich billigte den Fotos kaum eine ›Wahrheit‹ über mein Land zu. Betrachte ich sie heute, staune ich, was alles darauf zu sehen ist, was alles vorkommt, wie oft sie – bei unscharfem Druck auf schlechtem Papier – zu meinen Erinnerungen an meine damaligen Gefühle passen.

Im Unterschied zu heute waren die Zeitschriften voll mit Fotos von arbeitenden Menschen – meistens im Kollektiv-, den »Werk tätigen«. Die Fotos und die Texte sollten die Leser zu noch „höheren Leistungen“ bei der Planerfüllung, für den Frieden, den Sozialismus oder die DDR anspornen. Soweit der Propagandazweck, für den sich manche Porträtierte mißbraucht gefühlt haben mag, zumal die schlechten Arbeitsbedingungen und der ständige Materialmangel ja ausgeblendet blieben. Haben sie es vielleicht andererseits als persönliche Wertschätzung ihrer oft schweren Arbeit empfunden, daß sie in der Zeitung stehen und nicht nur Prominente?

Ob Bilder aus der DDR ›stimmen‹, läßt sich fünfzehn Jahre danach in den fünf neuen Bundesländern nicht so einfach nachprüfen. Sie sind mittlerweile ›historisch‹. Die Menschen auf ihnen leben jetzt in völlig anderen Umständen und sind älter geworden.

Auf dem Weg zur Arbeit, um deren Verlust meine Kollegen und ich nicht bangten, dominiert nicht mehr lähmendes Grau, vor endlich sanierten Häusern drängeln sich Autos, die Luft nimmt einem nicht mehr den Atem vor lauter Kohlenruß aus den Kachelöfen, um die sich Freundeskreise scharten, die Transparente mit »Kampf«-Aufrufen und „hervorragenden

Leistungen im Wettbewerb“ sind von bunten Werbetafeln abgelöst und man fragt sich nicht mehr, wie lange das wohl noch gehen kann oder wie lange ich das noch aushalten will.

Ob die Bilder etwas von dem ›Leben in der DDR‹ mitteilen, ob sie die Kinder ahnen lassen können, was ihre Eltern geprägt hat, ob sie zu deren Erinnerungen passen, können wir nur jeder für sich beantworten. Ebenso, ob sie denen, die nicht in der DDR aufwuchsen, einen Eindruck davon vermitteln können, warum wir ›irgendwie anders‹ sind.

Wie die Mauer hinter der »Hinterlandssicherungsmauer« funktionierte, sahen zu DDR-Zeiten nur die Grenzsoldaten, was sich in den Büros von SED und Polizei abspielte, wußten nur die »Kader« und in den Gefängnissen durfte erst recht nicht fotografiert werden. Auch von den Treffen der wenigen, die nicht alles „mitmachten“, sind Fotos selten, es stand ja zu befürchten, daß sie eines Tages als Beweismittel beschlagnahmt würden, oder daß die Fotografen sie als erfüllten Auftrag der Stasi zeigt.

Viele FotografInnen ließen sich ihren klaren Blick nicht nehmen, als ebenso Betroffene wie die von ihnen Fotografierten gaben sie Nachricht von den sozialen Realitäten. Die große Ausstellung ihrer Kultur des Fotografierens hat noch nicht stattgefunden – sie würde die Klischees und stereotypen Meinungen über ›die DDR‹ durcheinanderbringen.

Ich blättere auf, was ich mit *meinem* Blick fand, geleitet von *meinen* Erinnerungen. Mir sind mehr Bilder aus den zehn Jahren vor dem Fall der Mauer wichtig als man in einem Zuge betrachten kann. Ich meine, daß die Gesellschaft in der DDR vielfältiger und vielschichtiger war als eine ›Auswahl‹, die belehren möchte, wie es „in der DDR war“.

Spinnen Sie sich ihren Ariadnefaden entlang Ihrer Erinnerungen oder Ihrer Neugier.



Mit dem faltbeutel

Nach der Mittagspause im Braunkohlentagebau, vor einer Kaufhalle und auf dem Flur eines Wohnungsamtes. Ein Bild fehlt.

Auf ihm wäre ein Mann zu sehen, der scheinbar einfach so auf der Straße steht – in einer mehr oder weniger grauen Kutte, einen faltbeutel an der Hand. Bei Staatsbesuchen, offiziellen Veranstaltungen oder verdächtigten Treffen wurden »Gesellschaftliche Kräfte« oder eigene Mitarbeiter von der Stasi in die Umgebung beordert. Wie sie in Zeiten ohne Handys und bei ständig defekten und zudem sehr seltenen Telefonzellen jemanden von ihren Beobachtungen hätten unterrichten können, weiß ich nicht. Aber sie signalisierten die Anwesenheit der Staatsmacht.

Einen faltbeutel konnte man leicht ständig dabei haben – ordentlich gefaltet paßte er in eine Handfläche und die Jackentasche. Plastiktüten gab erst Ende der 80-er Jahre und sehr selten. Der dünne Stoff ließ ahnen, was in ihm getragen wurde: das rationierte Kilo Apfelsinen oder Bananen, auch »H-Milch«-Tüten, ein Paket »Spee«-Waschpulver oder ... es gab ja immer etwas, was es nicht gab.



Ein Netz hätte eventuell zur Nachfrage „Wo gibts'n das?“ geführt – etwa als »Sonderversorgung« im Betrieb oder der Dienststelle? Oder es wären „Beziehungen“ zum jeweiligen Laden offenkundig geworden. Begehrtes aber Knappes hieß „Bückware“, weil es „unter dem Ladentisch“ verkauft wurde.

Stammte der bunt oder dezent geblünte »Dederon«-Stoff (westdeutsch: »Perlon«) aus der Schnittreste-Verwertung? Bei der Frau oben ganz rechts sind Kittelschürze und faltbeutel aus dem gleichen Material.

Die Jugendlichen, die in grünen Ami-Paras durch die DDR oder das »sozialistische Ausland« trauten, trugen oft selbstgenähte »Hirschbeutel« über der Schulter.

Frühmorgens



**GRENZTRUPPEN
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
2.31K/33668regiment-11**

Bestelltigt: Kommandeur GR-44
am 01.05.1987

Uhrzeit	Maßnahme
Frühdienst	
03.30	Wecken
03.30 - 03.45	Körperhygiene
03.45 - 04.15	Frühstück
04.15 - 04.30	Stuben- u. Revierterr.
04.25 - 04.30	Belehrung HKP/Wutser
04.40 - 04.50	Waffenempfang
04.50 - 04.55	Befehl zur GÜDT
05.00	Abmeldung zum GD
06.00 - 14.00	Grenzdienst
bis 14.40	Rückkehr zur Einheit
14.40 - 15.00	Kartung Waffen
15.00 - 15.05	pers. Nachbereitung
15.10 - 15.40	Mittag
15.40 - 15.45	Kp.-Appell/Dienstausg.
15.50 - 16.00	Ausgangsbelehrung
ab 16.00	Ausgang
16.00 - 19.15	pol.Massenarbeit
19.15 - 19.45	Abendrot
19.45 - 21.00	Freizeit
21.00 - 21.10	Stuben- u.Revierterr.
21.10 - 21.20	Körperhygiene
21.25 - 21.30	Stubendurchgang
21.30 - 06.30	Ruhe
Spätdienst	
06.30	Wecken
06.35 - 06.55	Frühspport
06.55 - 07.10	Körperhygiene
07.15 - 07.45	Frühstück
07.45 - 08.00	Stuben- u.Revierterr.
08.00 - 08.10	Kp.-Appell/Dienstausg.

Aus dem »Tagesdienstplan« eines Regiments der Grenztruppen bei Potsdam

Im Morgenrot

Viele Betriebe arbeiteten im Schichtdienst, im Kindergärten und an den Schulen der »Frühhort« öffneten um sechs, üblicher Arbeitsbeginn war 7 Uhr, auch in Büros, selbst Vorlesungen begannen vor acht. Da hieß es früh aufstehen, den Kachelofen anheizen, bis die stinkenden Briketts durchgebrannt waren, dauerte es fast eine Stunde, in der gefrühstückt wurde, Kaffee aus dem Westen war willkommen. Die Not von Partei und Regierung, dem Volk trotz Devisenknappheit schmackhaften Kaffee zu beschaffen, währte 40 Jahre. Und ich erinnere mich an einen Bericht von einer Tagung des Zentralkomitees, daß dort die »Stabilisierung der Versorgung der Bevölkerung mit Zahnbürsten« erörtert wurde.



Robuste Mechanik für eine »Kasse des Vertrauens«

Für eine Fahrt waren 20 Pfennig in die »Zahlbox« einzuwerfen. In dem Sichtfenster konnte ein Kontrolleur prüfen, ob die letzten vier Eingestiegenen das auch getan hatten. »Kassen des Vertrauens« gab es z. B. in Pausenräumen, in sie legte man Geld für den Kaffee aus der Thermoskanne.

Genossen, es entwickelte sich...



9.-9. 1985

15.-9. 1986

Montags nach der Gedenkundgebung für die »Opfer des Faschismus«

- vom 20. November 1974 -

3.1.2.1.1. Anträge für Reisen können gestellt werden von Großeltern (einschl. Stiefeltern), Kindern (einschl. Stiefkindern) und Geschwistern (einschl. Halbgeschwistern) anlässlich von Geburten, Kindtaufen, Namensgebungen, Einschulungen, Jugendweihen, Konfirmationen und Erstkommunionen, standesamtlichen Eheschließungen und kirchlichen Trauungen, 25-, 50-, 60-, 65- und 70jährigen Jubiläen der standesamtlichen Eheschließungen und kirchlichen Trauungen, zum 50., 55., und ab 60. zu jedem weiteren Geburtstag, anlässlich von kirchlichen Amtseinführungen, Weihen und Amtsjubiläen, bei lebensgefährlichen Erkrankungen, Pflegebedürftigkeit sowie bei Sterbefällen und Beisetzungen.

3.1.2.1.2. Anträge auf Reisen können auch gestellt werden von Enkeln, Schwiegereltern, Schwiegertöchtern, Schwiegersöhnen, Tanten, Onkeln, Nichten, Neffen, Cousins, Cousins, Schwägerinnen und Schwäger anlässlich von Geburten, standesamtlichen Eheschließungen und kirchlichen Trauungen, 25-, 50-, 60-, 65- und 70jährigen Jubiläen der standesamtlichen Eheschließungen und kirchlichen Trauungen, zum 50., 60., 65. und ab 70. zu jedem weiteren Geburtstag, bei lebensgefährlichen Erkrankungen, Sterbefällen und Beisetzungen.

3.1.2.1.3. Anträge auf Reisen können auch dann von Tanten, Onkeln, Nichten und Neffen gestellt werden, wenn bei den Ehegatten der Verwandten im Ausland die Gründe gem. Ziffer 3.1.2.1.2. vorliegen.

Anträge auf Reisen können auch von den Ehepartnern der im Abs. 1 genannten Antragberechtigten gestellt werden, wenn bei den betreffenden Verwandten der im Abs. 1 genannten Antragberechtigten Gründe gem. Ziffer 3.1.2.1.2. vorliegen.

3.1.2.2.1. Eine schriftliche Zustimmung der Arbeitsstelle ist zu fordern (von

a) Pädagogen (Lehrer, Hort-, Heim- und Internatserzieher, Vorschul-erzieherinnen) der Volksbildung (Zustimmung durch Kreis(schulrat));

b) Pädagogen (Lehrer und Erzieher) an kommunalen und betrieblichen Einrichtungen der Berufsbildung, Berufsberatungszentren und Bezirkskabinetten für Weiterbildung der Kader der Berufsbildung (Zustimmung durch den Ltr. der Abt. Berufsbildung und Berufsberatung des RdK bzw. Leiter der Betriebe);

c) Studenten (Zustimmung durch die Prorektoren für Erziehung und Ausbildung an Hochschulen bzw. Direktoren an Fachschulen und Ltr. der Abt. Berufsbildung und Berufsberatung des RdK).

Anträge von Pädagogen nach dem Termin bestätigt wird.

Von anderen Anträgen wenn aus den Angaben dem Gespräch geschilderten Fragen Klärung der Arbeitsstelle der Arbeitsstelle ist nach der KD erforderlich.

3.1.2.3. Die Akten im Gebiet Reiseverkehr nehmen in den VPM nur bei der ersten Füllen der Antrag ist im Änderungsdatum ständige VPKA festzu-

Pf. gem. Ziffer 3.1.2.1.1. rgsdaten für die Pl. genommen und e. HW zuständigen VPKA men.

10.1.1. Entscheidungen eine hohe Wachsamkeit erfordern müssen. Sie haben auf folgen.

10.1.2. Bürgern im Alter b... schen Staaten und Westberlin aus Vorliegen eines außergewöhnlich... chen oder kulturellen Interesses... gern, die im Auftrag des Zentralra... ten von zum Auslandseinsatz dele...

10.2. Prüfung

10.2.1. Grundla... nach Ziff. 10.4. vorlie...

10.2.1.1. Anträge, die entgegengenommen werden, Übergabetages an die KD zu versehen und, soweit festgelegt ist ein Antrag ohne Entscheidungsmerkmal der KD zu frist beträgt 18 Kalendertage, ausgehend vom angebrachten In dringenden Fällen wird die Einspruchsfrist auf den Ant...

10.2.2. Die Prüfung der Anträge für Reisen nach nur anhand der Entscheidungshilfe 10.2.8., Abs. 4, ist zu beachten.

2.8., Abs. 5, keine Entscheidungshilfe

bei Entscheidung, die in dringenden Fällen binnen 3 A... Anträge im VPKA anhand der im B... hand der Karteien und Registrierunt...

10.4. Versagungsgründe für Dienst-, Tour... ige Ausreisen gem. §§ 13 und 14 de...

Genehmigungen sind zu versagen, w... der Landesverteidigung...

rsagung zum Schutz d... Bürger, die wegen Ver... n Frieden, die Mensch... DDR strafrechtlich zur... aft sind. Das ist für s... stand nicht anzuwende...

! Sperrzeiten betragen bei... nat, der der Ableistung des V...

stens 3 Jahre bei Berufsoffiziere... Berufsunteroffizieren und Beruf... stens 2 Jahre bei Unteroffiziere... im Grundwehrdienst sowie T... n der Kasernierten Einheiten e... nach geleisteten Reservistenw... ver.

ngen von den Mindestzeiten... stausweis, S. 61 (SF bis... Ja...



über Anträge sind politische Entscheidungen, die den Interessen und den Sicherheitsinteressen der DDR entsprechen. Grundlage der geltenden Rechtsvorschriften zu er-

is zu 26 Jahren ist die Reise nach nichtsozialisti- dienlichen Gründen grundsätzlich untersagt. Bei- den staatlichen, gesellschaftlichen, wissenschaftli- nuß der Antrag (außer bei Sportlern und bei Bür- tes der FDJ reisen sowie bei mitreisenden Ehegat- tierten Bürgern) besonders begründet sein.

- 39.2.1983. Weitere für die Entscheidung operativ bedeutsame Informa- tionen können u. a. erlangt werden von
- 1) den örtlichen Räten, vor allem den
 - Bereichen Innerer Staatsbürgerhoheitfragen, kriminelle Gefähr- dung u. ä.,
 - Bereichen Gesundheits- und Sozialwesen (Assozialität, soziale Ge- fährdung, psychiatrische Betreuung u. ä.),
 - Referaten Jugendhilfe (Unterhaltstragen, Gefährdung Jugendlicher u. ä.);
 - 2) den Dienststellen der Zellverwaltung (Zellstrafkaten und -verstände);
 - 3) der Staatsanwaltschaft (Strafregister, Gesetzlichkeitsaufsicht, Eingaben u. ä.);
 - 4) den territorial zuständigen Kreisgerichten, ob
 - ein Ehescheidungsverfahren läuft,
 - ein Ehescheidungsverfahren eingeleitet wurde,
 - ein der Ehepartner wegen einer Scheidungsklage vorgeschrieben hat.

und Entscheidung der Anträge

ge für die Prüfung aller Anträge ist, ob Versagungsgründe

gen. 10.2.10.1.2. ↓ Für Bürger, die **erstmalig** eine Reise gem. Ziff. 3.1.2. (außer Rentner und Invaliden) beantragen, sind durch die zuständigen ABV schriftliche Einschätzungen über das Verhalten im Wohn- und Freizeitbereich hinsichtlich

- ihrer politischen Haltung zur Gesellschafts- und Staatsordnung der DDR;
- ihrer Bindung an die DDR, an den Ehepartner und die Familie;
- möglicher Vorbereitungshandlungen zur Nichtrückkehr;

zu fertigen. Sind Entscheidungen kurzfristig zu treffen, können die Ein- schätzungen mündlich angefordert und gegeben werden. Darüber ist im VPKA, PM, der wesentlichste Inhalt schriftlich zu vermerken und den Antragsunterlagen beizufügen. ↓

Für Bürger, zu denen Registriervermerke der K (K- und V-Vermerke, außer stillgelegte K-Vermerke) vorliegen, erfolgen die Einschätzungen unter Verantwortung der K.

10.4.1.4. **Genehmigungen können versag** Schutz der öffentlichen Ordnung oder ander- DDR notwendig ist. Das liegt vor allem vor,

- a) der Antragsteller aufgrund seiner jetzigen Kenntnisse besitzt, die zur Verhinderung von Unruhen u. a. Nachteilen geheimzuhalten sind;
- b) bei früheren Auslandsaufenthalten die Ehre verletzt wurden oder das Ansehen der DDR verletzt wurde, wenn nach vorangegangenen Reisen eine Genehmigung zur Reise nach dem Ausland für eine Weiterreise nach einem dritten Staat erteilt wurde;
- f) Privatreisen oder ständige Ausreisen zu erlauben, die sich entgegen den Rechtsvorschriften der DDR aufhalten;

10.4.1.5. **Genehmigungen für ständige Ausreisen werden zum Schutz der Rechte der Bürger, des öffentlichen Rechts und der sozialen Erfordernisse.**

- a) der Antragsteller zur Erlangung der ständigen Genehmigung schriftlich seinen gesellschaftlichen Pflichten, seiner beruflichen Tätigkeit, entzieht oder Beeinträchtigungen der Lebensqualität der Angehörigen erwarten sind;

URKUNDE

Peter BRÜGIG

geboren am 11. 02. 1950 in Altenteufitz

wohnt in Berlin-Friedrichshagen, 105

Parteilinien Nr. 95.

wird gemäß § 10 des Gesetzes vom 20. Februar 1987 über die Deutschen Demokratischen Republik (DDR, F.R.G. und die Deutsche Demokratische Republik) ausreisen. Die Erlaubnis wird erteilt, wenn die Bedingungen der Verordnung vom 20. Februar 1987 erfüllt sind.

genehmigt am _____ in _____

genehmigt am _____ in _____


genehmigt am _____ in _____

Die Erlaubnis zur Ausreisefreiheit der Deutschen Demokratischen Republik ist in Abs. 2 des Staatsbürgergesetzes geregelt. Diese Urkunde wirkt nicht.

Berlin,

am 21. 03. 1989

Anzahl der Urkunden _____



Feierabend



Seid bereit!

Kinder in den ersten Klassen sollten »Lernhaltung« einnehmen: Die Arme verschränkt vor sich auf der Bank und zum Melden den Arm in die Senkrechte winkeln. Vor der ersten Stunde hatte eine SchülerIn »Meldung« mit dem »Pioniergruß« – rechte Hand vor der Stirn – zu erstatten. Zur LehrerIn: „Klasse... zum Unterricht bereit. Es fehlen...“ – Dann zur Klasse: „Seid bereit!“ Die Klasse: „Immer bereit!“ –LehrerIn: „Setzen.“



Im September 1989 ermunterte meine Frau andere Eltern von Erstklässlern, daß diese nicht sofort Mitglied der »Jungen Pioniere« werden. Dann sprach eine SED-Genossin – und bis auf Helene wurden alle angemeldet.

Das verkündete Ziel der »Volksbildung« war »die allseitig gebildete Persönlichkeit« – es gab aber nur eine Seite, die der SED. Zu den »Erweiterten Oberschulen« wurden SchülerInnen nicht nur nach ihren Leistungen zugelassen, auch ihre »soziale Herkunft« mußte stimmen. Am besten war »Arbeiterklasse«, wozu auch die Funktionäre sich zählten, bei »Intelligenz« oder gar »religiös gebunden« konnte es schwierig werden.

Bei Familien mit Kindern und Jugendlichen saß die Politik des Staates mit am Küchentisch. Die Kinder begriffen ganz schnell, was sie in der Schule sagen sollten und was sie besser nicht aussprechen.

Bei »Solidaritäts«-Kampagnen erfuhren die Kinder z. B. etwas von Freiheitsbewegungen in außereuropäischen Ländern, wurden zu Spenden aufgerufen oder malten Plakate für Aufmärsche – und alles hatte im Rahmen des von der SED Vorgegebenen zu bleiben. 1980 und 1981 sah die DDR-Führung die »Solidarnosc«-Bewegung in Polen als »konterrevolutionär« an und führte wieder den Visumszwang für Reisen nach Polen ein. Nach Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1981 wurden dann die Kinder zum Spenden von Geld, Kleidung und Spielsachen aufgerufen.

Über Fernsehen und Radio kriegten die Jugendlichen die westliche Popkultur mit und tauschten »Bravo«-Poster und Schallplatten.



Die dauernde ideologische Disziplinierung war für viele Eltern ein ständiges Ärgernis. Zu den heute »Opposition« genannten Gruppen kamen immer wieder Mütter und Väter, deren Not mit der Schule einen Grad erreicht hatte, der sie die Angst vor Benachteiligungen überwinden ließ.

Der Westen hinter der Ladentür

Das Gros der Bevölkerung wanderte abends per Westfernsehen aus der DDR aus. Man kannte Sprüche und Produkte aus der Werbung, wußte relativ gut Bescheid über politische Vorgänge in Westdeutschland und hatte ständig Anlaß zum Vergleichen.

Das Sortiment der »Intershops« entsprach ziemlich genau der Palette von Produkten, für die im Westfernsehen geworben wurde – dazu kamen noch Statussymbole wie Jeans und Unterhaltungselektronik. Bücher allerdings gab es dort nicht. Die »Forum«-Schecks und echtes Westgeld wurden zur zweiten Währung, für die Handwerker sofort kamen.

Wegen des ihnen auferlegten Abbruchs ihrer Westkontakte oder des verlangten »gefestigten Klassenstandpunktes« waren die »Kader« in Hinsicht auf das Westgeld „Neese“. Bei



der Stürmung der Stasi-Zentrale im Januar 1990 entdeckten die Demonstranten vor dem Speisesaal einen Laden mit dem »Intershop«-Sortiment, in dem wohl nicht mit Westgeld bezahlt worden war.

Seid laut!

Zum 1. Mai und zum »Nationalfeiertag« am 7. Oktober gab das Zentralkomitee Losungen heraus, die dann auf Transparente gepinselt wurden: z. B. »Mein Arbeitsplatz – mein Kampfplatz für den Frieden«. Der unablässig »Frieden« verkündenden Außenpolitik stand die Militarisierung im Innern gegenüber.

Angesichts der Bedrohung Mitteleuropas durch die beidseitige Aufrüstung mit Atomraketen bildeten sich auch in der DDR partei-unabhängige Friedensgruppen. Die Stasi verdächtigte sie sofort, „legale Stützpunkte des politischen Untergrundes“ schaffen zu wollen.



1982 bekundeten die »Frauen für den Frieden« ihre Weigerung, einer Dienstverpflichtung im »Verteidigungsfall« nachzukommen, wie dies das geänderte »Wehrdienstgesetz« vorsah.

Unter dem Dach der evangelischen Kirchen entstand ein Netzwerk von Gruppen, die gegen den »Wehrkundeunterricht« protestierten, »Frieden« auch *in* der DDR-Gesellschaft forderten, für immer weitere Themenkreise *Ihre* Sprache entwickelten, Umweltzerstörungen aufdeckten, bei »Friedenswerkstätten« Öffent-

lichkeit schufen und Gegenentwürfe entwickelten. Eine »Wiedervereinigung« war nicht ihr Thema.

Es gab Pläne für die Inhaftierung der AktivistInnen in »Isolierungslagern«.



Nachmittags



Für Gartenbesitzer und Haustierhalter

Aus den »Hinweisen zum Verhalten im Grenzgebiet der Gemeinde Glienicke / Nordbahn«

Das Zelten (d. h., das Aufstellen von Zelten aller Art, auch wenn darin niemand übernachtet) und das Übernachten in Kraftfahrzeugen, Wohn- und Campingwagen ist nicht zulässig. Zum Säubern, Imprägnieren oder Trocknen können Zelte aufgebaut werden, müssen aber eine Stunde vor Sonnenuntergang wieder abgebaut werden.

Private Foto- und Filmaufnahmen im Grenzgebiet sind innerhalb des Ortes gestattet, wenn dabei keine militärischen Objekte bzw. Grenzsicherungsanlagen aufgenommen werden.

Alle Gegenstände, die zum Übersteigen der Hinterlandesicherungsmauer oder der Grenzmauer geeignet sind, müssen, soweit sie sich nicht im unmittelbaren Gebrauch befinden und damit unter ständiger Aufsicht sind, entweder in Schuppen, Kellern oder ähnlichen Räumen eingeschlossen oder im Freien sicher eingeschlossen sein. Dieses gilt z. B. für - Leitern aller Art

- Paletten
- Bohlen, Balken
- Schubkarren
- Seile und Gartenschläuche (sofern sie nicht in Nutzung sind).

Anlieger in Grenzgrundstücken (einschließlich der Nutzer von Wochenendgrundstücken im Grenzgebiet) haben den Bewuchs im Streifen drei Meter vor der Hinterlandesicherungsmauer/-zaun unter 90 cm zu halten.

Sie haben zu sichern, daß die Trennzäune zwischen den Grundstücken, die im rechten Winkel zur Hinterlandesicherungsmauer verlaufen, drei Meter vor der Mauer auf eine Höhe reduziert werden, die mindestens 2,50 Meter unter der Krone der Hinterlandesicherungsmauer liegt.

Bürger, deren diese Höhe der Trennzäune wegen der evtl. übersteigenden Tiere zu niedrig ist, können Trennzäune errichten, die drei Meter vor der Hinterlandesicherungsmauer aus Maschendraht bis zur Höhe 1,20 Meter bestehen, wenn dieser Draht so angebracht ist, daß er ein Übersteigen der Sicherungsmauer unmöglich macht und die Handlungsfreiheit der Grenztruppen nicht beeinträchtigt. Das bedeutet, daß bei der Anbringung des Maschendrahtes kein Spanndraht verwendet werden darf und daß dieser Maschendraht direkt an der Sicherungsmauer nur an einer solchen Stütze Latte und Haken befestigt werden kann, die ein Übersteigen nicht zuläßt und ein ungehindertes Passieren der Angehörigen der Grenztruppen ermöglicht.

Der Aufenthalt im Grenzgebiet ist gestattet: Personen, die im Personalausweis einen gültigen Vermerk haben oder im Besitze eines gültigen Passierscheines sind, wonach sie zum Betreten des Grenz-

Karneval im Kernkraftwerk

Im Winter ist in Rheinsberg nicht viel los. Beschäftigte des Kernkraftwerkes feierten den jährliche Betriebsfest als Fasching und gründeten 1968 eine »Kulturgruppe«, den späteren »Rheinsberger Carneval Club«.

Das Programm konnte freilich nicht ohne Genehmigung aufgeführt werden. Also erschienen zur Generalprobe der Direktor, der SED-Parteisekretär (nach »oben« berichtspflichtig) und der »BGLer« von der Gewerkschaft. Alle verhielten sich nach dem Motto »Der Anschuß lauert überall!«

Es wurden »Stellen« eingebaut, bei denen abzusehen war, daß sie nicht „durchgehen“, damit andere übersehen werden. Dem Westfersehen Nachgeahmtes galt als weniger anstößig als Innenpolitisches. Eine Umdichtung der *Kreuzberger zu Rheinsberger Nächte* wurde nicht genehmigt, tags darauf sang es die ganze Stadt.



Kompliziert war die Beschaffung von Material für Kostüme und Dekorationen, denn es durfte nicht aus dem »Bevölkerungsbedarf« gekauft werden. Die Betriebsleitung stellte im »Kultur- und Sozialfonds« Geld bereit, und die Karnevalisten konnten über die offiziellen Einkaufskontingente Stoffe, Girlanden, Farben usw. „organisieren“. Die „Beziehungen“ wurden mit Steingut aus der Rheinsberger Keramikfabrik gepflegt. Für den Aufbau wurden Betriebsangehörige freigestellt.



Beharrliches oder gar öffentliches Verlangen nach Reise- und Auswanderungsfreiheit führte zu Festnahme und Gefängnisstrafe. Den »Freikauf« nach Westdeutschland ließen sich die Machthaber teuer in Westgeld bezahlen.

Wer die Gedenkstätte im ehemaligen Untersuchungsgefängnis der Stasi in Berlin-Hohenschönhausen besichtigt hat, wird keiner »Ostalgie« nachhängen.

Die Massenflucht und die „Wir wollen raus!“-Rufe erkannte ich nicht als politische Bewegung, sondern gehörte zu denen, die einen „anderen Sozialismus“ im Land wollten – ich wohnte ja nicht im verrotteten und verätzten Bitterfeld oder neben radioaktiv strahlenden Halden im Erzgebirge – empfand, daß die „Ausreiser“ ihr individuelles Heil suchen und „uns“ fehlen. In Leipzig hätte ich in den Ruf „Wir bleiben hier!“ eingestimmt.

Was alle bewegte, durfte nicht öffentlich besprochen werden. Ab 11. September unterschrieben Tausende den Aufruf des »Neuen Forum«: „In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört.“ – und trafen sich zu Bürgerforen. In Leipzig meldeten sich Kommandeure von Einheiten der »Kampfgruppen der Arbeiterklasse« krank oder weigerten sich offen, gegen die Kerzen tragenden Demonstranten vorzugehen. Auch in Kleinstädten riefen Deutsche: „Wir sind das Volk!“ Am 4. November trugen wir grün-gelbe Schärpen: „Keine Gewalt!“ In der Nacht des 9. November riefen wir freudestrahlend: „Wahnsinn!“



Abschiede

Eisenach, 1988

Ungarn, September 1989

Berlin, 4. November 1989





Auf dem Falkplatz in Berlin-Prenzlauer Berg fotografierten Jürgen Hohmuth nach Westen und Uwe Steinberg nach Osten. Das untere Foto fand ich in der »Neuen Berliner Illustrierten« Nr. 2/1982.

